CHEMIKALIEN SIND NICHT *GESCHLECHTSNEUTRAL*

ERSTE INTERNATIONALE KONFERENZ ZUM GLOBAL FRAMEWORK ON CHEMICALS



WARUM DER **GENDER ACTION PLAN** PRÜFSTEIN EINER GERECHTEN CHEMIKALIENPOLITIK IST

November 2026
Autorinnen: Johanna Hausmann & Dr. Simona Zimmermann
Zuerst erschienen in: Forum Umwelt & Entwicklung – Rundbrief 2/2026

WECF
WOMEN ENGAGE FOR A COMMON FUTURE

CHEMIKALIEN SIND NICHT GESCHLECHTSNEUTRAL

Warum der Gender Action Plan Prüfstein einer gerechten Chemikalienpolitik ist

In der Chemikalienpolitik werden Fragen verhandelt, die tief in unseren Alltag und in gesellschaftliche Machtverhältnisse hineinreichen: Welche Körper sind in welcher Form von schädlichen Chemikalien betroffen? Wer arbeitet unter welchen Bedingungen mit gefährlichen Stoffen? Wer lebt in der Nähe von Produktionsanlagen oder kontaminierten Flächen? Wessen Körper gilt in Forschung und Risikobewertung als Norm? Und wer sitzt mit am Verhandlungstisch, wenn über Verbote, Ausnahmen und Schutzmaßnahmen entschieden wird? Chemikalienpolitik ist nicht nur eine Frage von Grenzwerten und Stofflisten – sie ist eine Frage von Gesundheit, sozialer und Gendergerechtigkeit und Menschenrechten. Bei der ersten International Conference (IC1) des Global Framework on Chemicals (GFC) im November 2026 soll ein Gender Action Plan (GAP) verabschiedet werden – ein wichtiger Schritt zu einer effektiven Umsetzung des GFC.

Wer trägt das Risiko?

Wer welchen Chemikalien ausgesetzt ist, wie diese Stoffe im Körper wirken und welche Möglichkeiten Menschen haben, sich davor zu schützen, hängt auch vom Geschlecht ab – allerdings nicht allein vom biologischen. Ebenso entscheidend sind gesellschaftliche Bedingungen wie Arbeitsverhältnisse, Einkommen, Sorgearbeit, Konsummuster, Wohnort sowie der Zugang zu Informationen, Gesundheitsversorgung und politischen Entscheidungsprozessen. Um diese gesellschaftlich geprägten Unterschiede in Bezug auf Geschlecht zu beschreiben, wird oft der Begriff „Gender“ verwendet.

Die Ursache für ungleiche Bedingungen zwischen Geschlechtern ist nach wie vor in patriarchalen Strukturen zu finden, die in unseren Gesellschaften, Einstellungen und Verhaltensweisen verankert sind. Ressourcen, Risiken, Sorgearbeit und Einfluss sind ungleich verteilt und das, was als „weiblich“ gilt, wird strukturell (häufig) abgewertet. Das kann Frauen ebenso betreffen wie Menschen, die als weiblich wahrgenommen werden oder denen als weiblich geltende Rollen und Eigenschaften zugeschrieben werden. Dadurch können sie beispielsweise stärker belastenden Arbeitsbedingungen ausgesetzt sein, über weniger Ressourcen verfügen oder weniger Einfluss auf Entscheidungen haben, die ihre Gesundheit und ihren Schutz vor schädlichen Chemikalien betreffen.

Deutlich zeigt sich dies in Bezug auf Chemikalien in der Arbeitswelt. Machtverhältnisse in der Arbeitswelt sind eng mit Geschlecht, sozialem Status und beruflichen Rollen verknüpft und wirken sich direkt auf die Gesundheit aus.

Nach Angaben der Internationalen Arbeits-organisation (ILO) sind Frauen weltweit überproportional in Tätigkeiten beschäftigt, in denen sie regelmäßig mit gefährlichen Chemikalien in Kontakt kommen – etwa im Gesundheitswesen, im Reinigungssektor, in der Landwirtschaft, der Elektronikfertigung und der Textilindustrie.

Die Textilindustrie ist ein besonders eindrückliches Beispiel. In Ländern wie Kambodscha stellen Frauen rund 80 bis 90 % der Beschäftigten. Sie arbeiten täglich mit Farbstoffen, Lösungsmitteln, Harzen, Bleichmitteln und zahlreichen weiteren Chemikalien. Mangels Information über Schadstoffe sind diese Frauen oft großen chemischen Belastungen ausgesetzt, ohne die Risiken ausreichend zu kennen. Hinzu kommt, dass Schutzausrüstungen vielfach für männliche Körpermaße entwickelt wurden und anderen Körpern daher nicht den gleichen Schutz bieten.

> *Die Ursache für ungleiche Bedingungen zwischen Geschlechtern ist nach wie vor in patriarchalen Strukturen zu finden, die in unseren Gesellschaften, Einstellungen und Verhaltensweisen verankert sind.*

Der männliche Körper als Norm

Diese Orientierung am männlichen Körper findet sich auch in Forschung und Risikobewertung. Toxikologische Studien haben sich lange überwiegend an männlichen Körpern als Referenz orientiert. Unterschiede etwa bei Aufnahme, Stoffwechsel und Wirkung von Chemikalien wurden für Frauen seltener und geschlechtsdiverse Körper so gut wie gar nicht untersucht oder Daten nicht nach Geschlecht getrennt erhoben. Fehlende geschlechtsspezifische Daten – auch als „Gender Data Gap“ bezeichnet – sind deshalb nicht nur ein wissenschaftliches Problem, sondern Ausdruck struktureller Ungleichheit. Denn wenn der männliche Körper die Norm bildet, sind auch Grenzwerte und Schutzmaßnahmen an ihm ausgerichtet und Risiken für andere Körper bleiben unzureichend berücksichtigt.

Besonders deutlich wird der Gender Data Gap bei hormonell wirksamen Chemikalien (**EDCs**). Hormone spielen eine zentrale Rolle bei der geschlechtsspezifischen Entwicklung und Regulation des Körpers. Hormonell wirksame Chemikalien können in diese empfind-lichen Prozesse eingreifen und Krankheiten begünstigen, besonders in sensiblen Phasen wie Pubertät, Schwangerschaft und Menopause. Biologisch weibliche Körper durchlaufen im Leben mehr sensible hormonelle Phasen als männliche, was in der Risikobewertung von Chemikalien berücksichtig werden sollte. In Feldstudien in Kenia berichten Waste-Pickerinnen von ungewöhnlich langen Menstruationsphasen, die ihre Gynäkolog:innen mit der hohen Chemikalienexposition bei ihrer Arbeit in Verbindung brachten. Werden solche geschlechtsspezifischen Auswirkungen nicht berücksichtigt, können spezifische Gesundheitsrisiken übersehen werden.

Der Gender Action Plan – mehr als ein Gleichstellungsprogramm

Der Gender Action Plan soll dazu beitragen, dass Unterschiede bei Belastungen und Gesundheitsrisiken in der Implementierung des GFC berücksichtigt sowie Wissens- und Datenlücken geschlossen werden und zugleich eine gleichberechtigte Gestaltung von Chemikalienpolitik sichergestellt wird. Es geht nicht nur darum, alle Menschen besser vor Schadstoffen zu schützen, sondern Geschlechtergerechtigkeit als Qualitätsmerkmal eines wirksamen Chemikalienmanagements in allen Bereichen der Umsetzung des GFC zu verankern. Der GAP ist damit mehr als ein Gleichstellungsprogramm.

Das Mandat, einen Gender Action Plan im Rahmen der GFC zu entwickeln, ist das Ergebnis intensiver Verhandlungen auf der ICCM 5 in Bonn 2023. Die Resolution V/4 gibt den klaren Auftrag, eine umfassende, gleichberechtigte und wirksame Partizipation von Frauen am GFC zu gewährleisten, sowie genderinklusive Ansätze systematisch zu integrieren.
GFC bezeichnet Frauen ausdrücklich als Agents of change (Akteurinnen des Wandels). Darin liegt ein wichtiger Perspektivwechsel: Frauen werden nicht nur als besonders Betroffene betrachtet, sondern ihr Wissen, ihre Erfahrungen und ihre Beteiligung werden als Teil der Lösung verstanden.
Der jetzt vorliegende Entwurf des Gender Action Plansiii übersetzt diesen Auftrag weiter in die Praxis. Er nimmt besondere Risiken für Frauen und Mädchen in den Blick – etwa für die reproduktive Gesundheit oder in stark exponierten Arbeitsbereichen wie Landwirtschaft und Produktion. Der Entwurf sieht außerdem vor, Genderaspekte in nationale Umsetzungspläne zu integrieren und geschlechterdifferenzierte Daten zu generieren. Gleichzeitig geht es um mehr als Schutz: Frauen sollen Zugang zu Wissen und Ressourcen erhalten, um selbst eine führende Rolle im nachhaltigen Chemikalienmanagement einzunehmen. Ihre Rolle in Entscheidungsprozessen soll gestärkt und ihre gleichberechtigte Beteiligung an der Entwicklung von Politik und Lösungen verbessert werden. Festgelegte Indikatoren messen den Fortschritt und die Finanzierung entsprechender Maßnahmen muss bereitgestellt werden. Der GAP behandelt damit Gendergerechtigkeit nicht als Zusatz, sondern integriert Frauen und Mädchen systematisch in das Chemikalien- und Abfallmanagement – als Betroffene und Akteurinnen.

Geschlechterdiversität im GAP – Chancen und Grenzen

Während inzwischen eine differenzierte Datenerhebung für Männer und Frauen zumindest in Form von Forderungen und im aktuellen GAP-Entwurf im Diskurs präsent sind, gibt es zur Betroffenheit von **intergeschlechtlichen**, **trans** und **nicht binären Menschen** bislang keinerlei Daten und kaum Räume für ihre Perspektiven in der Chemikalienpolitik.

Im Entwurf des GAPs sind nicht binäre, trans oder intergeschlechtliche Körper und Identitäten nicht explizit genannt. Insgesamt eröffnet der GAP-Entwurf jedoch die Möglichkeit in seiner Implementierung über die tradierte Binarität der Geschlechter hinauszugehen, indem an den meisten Stellen neutral von Gender anstatt explizit von Frauen gesprochen wird. An relevanten Punkten beschränkt sich der Text dann aber doch auf Frauen in einer binären Geschlechterlogik, beispielsweise in der Vision: „Die Vision des GAP ist es, die volle, gleichberechtigte und wirksame Partizipation von Frauen in Entscheidungsprozessen zu verbessern." Das sind verpasste Chancen, die größtenteils dem aktuellen Backlash in Bezug auf Gleichstellungspolitik und Menschenrechte geschuldet sind.

Ein Prüfstein für die IC1

Mit dem Gender Action Plan als Ergebnis eines langen Verhandlungs- und Arbeitsprozesses entscheidet sich bei der IC1 auch, ob das neue Rahmenwerk seinem eigenen Anspruch gerecht wird, Chemikalienmanagement als Beitrag zu Gesundheit, Menschenrechten und nachhaltiger Entwicklung zu verstehen.
Der GAP ist damit kein Nebenschauplatz des Global Framework on Chemicals. Er ist ein zentraler Prüfstein dafür, ob wissenschaftliche Erkenntnisse über unterschiedliche Belastungen und Gesundheitsrisiken tatsächlich in Politik übersetzt werden. Gute Chemikalienpolitik muss anerkennen, was lange übersehen wurde – unterschiedliche Expositionen, unterschiedliche Lebensrealitäten und unterschiedliche Handlungsmöglichkeiten. Gerade darin liegt die Chance des Gender Action Plans: Seine konsequente Umsetzung trägt dazu bei, Chemikalienpolitik gerechter und zugleich wirksamer zu machen.

[i] United Nations (2024): Gender and hazardous substances. Report of the Special Rapporteur on the implications for human rights of the environmentally sound management and disposal of hazardous substances and wastes. A/79/163, 16 July 2024.
[ii] WECF International (2023): Tackling Toxics, YouTube
[iii] UNEP/GFC (2026): Gender Action Plan of the Global Framework on Chemicals – For a Planet Free of Harm from Chemicals and Waste. Revised Draft.
[iv] Studies seem to be more concerned with EDCs as an explanation for gender fluidity rather than their health effects
[v] WECF (2021): Geschlechtergerechte Chemikalienpolitik